

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950 1948

4 (24.1.1948)



Europa, USA und der Marshall-Plan

Kongress-Debatte im Zeichen der Präsidentschaftswahl und der Opposition

Die faszinierende Wirkung, die von der Rede Marshall's in Harvard am 5. Juni v. J. ausging, hatte zum größten Teil ihre Ursache in dem Appell an die Staaten Europas, sich zur Selbsthilfe zusammenzuschließen, und die Hoffnung, mit der man den Marshall-Plan betrachte, beruhte auf dem raschen Zusammenstoßen des von den sechs europäischen Staaten besetzten Komitees in Paris. Die Ergebnisse der Pariser Beratungen im Juli v. J. haben dann aber sowohl die USA als auch alle anderen Beobachter, welche die schwere Krankheit des unter den Folgen des zweiten Weltkriegs leidenden Europas besorgt verfolgen, stark enttäuscht. Zwar hat der kühne Vorschlag des amerikanischen Staatssekretärs ein fesseln gebracht, die Welt zu einer Entscheidung zu zwingen und immerhin klar werden zu lassen, daß eine konstruktive Tätigkeit in Europa erst möglich werden kann, wenn es den westeuropäischen Mächten gelingt, sei es mit, sei es ohne Rußland, eine Wirtschaftspolitik zu treiben, die im paneuropäischen Sinne darauf ausgeht, aus Europa eine Einheit zu schaffen, die ihr Schwergewicht in sich selber hat. Mehr ist aber nicht geschehen, und alle Schritte zu einer kooperativen Selbsthilfe wurden unterlassen. Westeuropa wartete passiv ab. Seine heutige Politik ehmt der Tätigkeit des Schybus. So könnte es vielleicht eines Tages vor einem Bruchstück des mit so großen Hoffnungen begrüßten Hilfsplanes stehen, für das die Worte zuteilen werden: „zu wenig und zu spät“.

„denn die von der Regierung vorgeschlagene Hilfsleistung soll die wirtschaftliche Erdrückung verhindern, die gegenwärtig Westeuropa bedroht, und diese für uns lebenswichtigen Gebiete der freien Völker der Erde gefährdet.“ Der Außenminister Truman redete den Senatoren sehr ernst ins Gewissen. Er machte sie darauf aufmerksam, daß der Betrag von 6,8 Milliarden Dollar nicht einmal die Höhe der Kriegskosten eines einzigen Monats erreicht. Eine Welt, in der nur ein „Halbfriede“ herrsche, werde die Bedürfnisse der Landesverteidigung ständig steigern. Das Hilfsprogramm müsse demnach als Friedensinvestierung betrachtet werden, und wenn das Europaprogramm seinen Zweck erfüllen sollte, dann müßte es, wie Marshall immer wieder betonte, so schnell wie möglich in die Tat umgesetzt werden.

Der Zeitpunkt der endgültigen Verabschiedung des Planes durch den Kongress ist allerdings noch sehr ungewiß, und man spricht im Capitol von der Möglichkeit, daß sich die Verhandlungen bis in den Mai, ja vielleicht sogar bis zum Juni hinausziehen werden. Die Reden, mit denen Präsident Truman und sein Außenminister die Vorlage im Kongress begleiteten, haben ebenso wie ihr Echo erwiesen, daß noch keineswegs alle Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt sind. Es wäre unrichtig und allzu optimistisch, wenn man die negativen Strömungen verschweigen oder gar übersehen wollte, die um die Annahme für die Annahme des Planes durch den Kongress selbst kreisen. Die Neuzugler stützen ihre Argumente auf die Tatsache, daß die USA seit Kriegsende rund 20 Milliarden Dollar an Hilfsleistungen zum größten Teil in Fonds perdu zur Verfügung gestellt hätten, ohne daß in Europa eine merkbare Entspannung und Besserung in wirtschaftlicher Hinsicht zu verspüren gewesen wäre. Unter diesem Gesichtspunkt sprach man von einem St.-Niklaus-Plan oder einem Fall ohne Boden. Ein Senator sprach von einer durchlöchernten Badewanne, in die Wasser hineinzufließen sich vollkühn nicht lehne.

Preisdictat für Zistersdorfer Oel

WIEN. Wie verstanden, hat die russische Verwaltung der Zistersdorfer Ölfelder für die in die österreichische Regierung gelieferten Ölprodukte von monatlich etwa 30 000 t den doppelten Preis als bisher verlangt. Sollte sich die österreichische Regierung mit diesem Preis nicht einverstanden erklären, würden die Ölförderungen eingestellt werden.

Diese russische Forderung bedeutet eine schwere finanzielle Belastung des Landes, das monatlich für die Öllieferungen 15 Mill. Schilling mehr aufwenden müßte als bisher. Die Tschechoslowakische Beizung stellt sich nach den neuesten Forderungen der sowjetischen Besatzungsmacht auf etwa 970 Schilling, also etwa das Vierfache des amerikanischen Beizungspreises einschließlich Fracht. Die amerikanischen Beizungsimporte aus USA kommen jedoch im Augenblick nicht in Frage, denn Österreich verfügt nicht über die notwendigen Dollarbestände.

Ungarns Reparationen an Rußland

BUDAPEST. Ein amtliches ungarisches Communiqué besagt, daß die ungarischen Getreidelieferungen an Tschechien im Rahmen der Reparationsleistungen von der Sowjetunion gegenüber der ursprünglichen Festsetzung höher bewertet wurden. Dadurch verringerten sich die ungarischen Reparationsleistungen an Rußland um mehr als 17 Mill. Dollar. In Zukunft würden die ungarischen Warenlieferungen im Rahmen der Reparationsleistungen in den Donzonen erfolgen, wodurch zusätzliche Frachtkosten an der russischen Grenze vermieden würden.

Deutsche Kohle für Italien

MILAN. Nach italienischen Meldungen wird die Doppelzone im I. Vierteljahr 1948 422 000 t Kohle nach Italien liefern. Vor dem Krieg erhielt Italien 1 Mill. t monatlich. Insgesamt werden im I. Vierteljahr 4 Mill. t Kohle aus der Doppelzone ausgeführt werden, und zwar außer nach Italien noch nach Frankreich, Österreich, Luxemburg und Holland.

Zinn-Quoten im ersten Halbjahr

Nach einer Mitteilung des internationalen Zinn-Verteilungsausschusses sind für das erste Halbjahr 1948 folgende Zinn-Quoten festgelegt worden:

Land	Quota (t)
Doppelzone	324
französische Zone	120
Finnland	80
Türkei	180
Tschechoslowakei	394
Dänemark	180
Falsetina	50

Die gesamtdeutsche Zinnversorgung im Jahre 1936 erreichte 16 000 t, darunter 7 200 Importtinnen. Von vielen Staaten liegen die Bedarfsmeldungen noch nicht vor.

Lohnerhöhung im Baugewerbe

Die Arbeitgeberverbände des Baugewerbes und der Bauindustrie haben gemeinsam mit der deutschen Angestelltenvereinigung in der britischen Zone für Angestellte im Bau- und Bauberggewerbe eine 15 prozentige Lohnerhöhung beschlossen und diesen Beschluß dem Zentralrat für Arbeit bekanntgegeben, um ihn durch eine amtliche Anordnung in Kraft treten zu lassen.

Hilfsprogramm für französische Zone

Ausweitung der Ausfuhr vorgesehen

WASHINGTON. Das Staatsdepartement der Vereinigten Staaten hat in diesen Tagen die Unterlagen veröffentlicht, auf denen die Vorschläge für den Europa-Hilfsplan aufgebaut sind. Darunter befinden sich auch die Richtlinien, nach denen sich der wirtschaftliche Wiederaufbau der Länder der französischen Zone vollziehen soll.

Der Aufbau soll sich in den 4 Jahren von 1948 bis 1952 vollziehen, und zwar im Rahmen des für die vereinigten Westzonen vorgesehenen Programms. Bis Ende 1952 wäre danach die französische Zone in der Lage, ihre wirtschaftlichen Bedürfnisse bis auf einen kleinen Rest selbst zu decken. Einige Angaben über die in den ersten 15 Monaten geplanten, für die französische Zone vorgesehenen Lieferungen haben wir schon in unserer letzten Ausgabe (Wirtschaftsrevue Nr. 3, Seite 2) veröffentlicht. Die Kohlenzufuhr in die französische Zone soll den gegenwärtigen Stand leicht übersteigen, dagegen sollen an industriellen Rohstoffen wesentlich größere Mengen eingeführt werden als bisher. Bis zum Jahre 1952 könnte der Kohlenverbrauch in der Zone auf etwa 6 Millionen Tonnen jährlich steigen, während er gegenwärtig nur etwa 4 Mill. Tonnen beträgt, und vor dem Krieg etwa 6 Mill. Tonnen erreicht hatte. Das Staatsdepartement hält diese 6 Millionen Tonnen Kohle für die Mindestmenge, welche die Industrie der Zone braucht, um den Produktionsumfang des Jahres 1936 zu erreichen.

In dieser Nummer:

- Ungünstige Entwicklung im Ruhrgebiet
- Geldzuström in die US-Zone
- Antwort an Kleinaktionäre
- Aachener Steinkohle
- Deutsche Filmwirtschaft
- Altschuldenregelung
- Japan als Chinakonkurrent
- Welt-Stahlproduktion
- Sowjetrussische Industriezahlen
- Neue Handelsverträge der deutschen Zonen

Friedenskalkül

ok. Krieg ist nicht nur eine Auseinandersetzung zwischen zwei oder mehreren Völkern, deren Seelenzustand eine andere Austragung beobachtender Gegensätze unmöglich zu machen scheint, nicht also nur eine moralische Angelegenheit. Da er mit Waffen ausgetragen wird, die erzeugt werden müssen und einen Material- und Handelswert haben, die Ausrüstung der Streitmacht mit allem sonst Erforderlichen gewaltige materielle Werte aller Art beansprucht, und da der Krieg überdies kaum einen der Vorkänge unbeteiligt läßt, die durch die Befriedigung aller so mannigfaltigen Bedürfnisse der nach Alter, Geschlecht, physischen und geistigen Anforderungen unterschiedlichen Bevölkerungsstufen erforderlich gemacht werden, ist er nicht zuletzt eine Erscheinung von großer und sogar entscheidender wirtschaftlicher Bedeutung.

Preisdiktat für Zistersdorfer Oel

WIEN. Wie verstanden, hat die russische Verwaltung der Zistersdorfer Ölfelder für die in die österreichische Regierung gelieferten Ölprodukte von monatlich etwa 30 000 t den doppelten Preis als bisher verlangt. Sollte sich die österreichische Regierung mit diesem Preis nicht einverstanden erklären, würden die Ölförderungen eingestellt werden.

Diese russische Forderung bedeutet eine schwere finanzielle Belastung des Landes, das monatlich für die Öllieferungen 15 Mill. Schilling mehr aufwenden müßte als bisher. Die Tschechoslowakische Beizung stellt sich nach den neuesten Forderungen der sowjetischen Besatzungsmacht auf etwa 970 Schilling, also etwa das Vierfache des amerikanischen Beizungspreises einschließlich Fracht. Die amerikanischen Beizungsimporte aus USA kommen jedoch im Augenblick nicht in Frage, denn Österreich verfügt nicht über die notwendigen Dollarbestände.

Ungarns Reparationen an Rußland

BUDAPEST. Ein amtliches ungarisches Communiqué besagt, daß die ungarischen Getreidelieferungen an Tschechien im Rahmen der Reparationsleistungen von der Sowjetunion gegenüber der ursprünglichen Festsetzung höher bewertet wurden. Dadurch verringerten sich die ungarischen Reparationsleistungen an Rußland um mehr als 17 Mill. Dollar. In Zukunft würden die ungarischen Warenlieferungen im Rahmen der Reparationsleistungen in den Donzonen erfolgen, wodurch zusätzliche Frachtkosten an der russischen Grenze vermieden würden.

Deutsche Kohle für Italien

MILAN. Nach italienischen Meldungen wird die Doppelzone im I. Vierteljahr 1948 422 000 t Kohle nach Italien liefern. Vor dem Krieg erhielt Italien 1 Mill. t monatlich. Insgesamt werden im I. Vierteljahr 4 Mill. t Kohle aus der Doppelzone ausgeführt werden, und zwar außer nach Italien noch nach Frankreich, Österreich, Luxemburg und Holland.

Zinn-Quoten im ersten Halbjahr

Nach einer Mitteilung des internationalen Zinn-Verteilungsausschusses sind für das erste Halbjahr 1948 folgende Zinn-Quoten festgelegt worden:

Land	Quota (t)
Doppelzone	324
französische Zone	120
Finnland	80
Türkei	180
Tschechoslowakei	394
Dänemark	180
Falsetina	50

Die gesamtdeutsche Zinnversorgung im Jahre 1936 erreichte 16 000 t, darunter 7 200 Importtinnen. Von vielen Staaten liegen die Bedarfsmeldungen noch nicht vor.

Lohnerhöhung im Baugewerbe

Die Arbeitgeberverbände des Baugewerbes und der Bauindustrie haben gemeinsam mit der deutschen Angestelltenvereinigung in der britischen Zone für Angestellte im Bau- und Bauberggewerbe eine 15 prozentige Lohnerhöhung beschlossen und diesen Beschluß dem Zentralrat für Arbeit bekanntgegeben, um ihn durch eine amtliche Anordnung in Kraft treten zu lassen.

Wenn sich der Krieg so als Wirtschaftsunternehmen erweist, so darf wohl angenommen werden, daß ihm wie jedem anderen größeren Beginn wirtschaftlicher Art in jedem Einzelfall (einer gewollten und vorbereiteten kriegerischen Auseinandersetzung) eine durch die wirtschaftlichen Seiten der Kriegführung umfassende Planung vorausginge. Es genügt nicht, mit Montecuccoli zu wissen, daß man zum Kriegführen Geld, Geld, dreimal Geld braucht. Es muß gutes Geld ausreichend vorhanden sein, und es müssen Vorkehrungen getroffen werden, die, vorwiegend, möglichst allen Anforderungen der Kriegswirtschaft Rechnung tragen. Während eine solche Planung bei Unternehmen in der Privatwirtschaft, auch hier allerdings nur zu normalen Zeiten, unschwer möglich ist, begegnet die Kriegswirtschaft auf wirtschaftlicher Seite kaum überwundenen Schwierigkeiten. Wohl läßt sich, an einem bestimmten Punkt der Entwicklung angelangt, errechnen, wie groß die täglichen Kriegskosten sind; diese täglichen Kosten haben aber die Tendenz zu wachsen, und nur selten hat überdies eine Planung mit einer bestimmten Dauer des Krieges rechnen können. Unsere Generation hat erlebt, daß ein Krieg, der als „Blitzkrieg“ begann, erst nach sechs Jahren und auf eine Weise endete, die dem Beginn lange vor dem Ende das Gesetz des Handels und jegliche Planung bereits unmöglich gemacht hatte. Wirklich festliegende Kriegskosten ergeben sich dem Betrachter nur, wenn er die Rechnung rückwärtsschauend auf einen abgeschlossenen Zeitabschnitt des Krieges abteilt.

Schon die Faktoren, aus denen sich die Kriegskosten direkter und indirekter Art zusammensetzen, lassen erkennen, welche Schwierigkeiten ihrer Errechnung im Wege stehen. Zu berücksichtigen sind die Ausgaben für Mobilisierung, Unterhalt, Ausrüstung und Aufrechterhaltung des Heeres, die Verluste an wirtschaftlichen Werten (Gebäuden, Verkehrsmitteln, Anlagen aller Art, Schiffen), an produktiver Arbeit, an Bibliotheken und Kunstwerken, die Verminderung oder Stagnation der Bevölkerungszahl durch Kriegshandlungen oder Geburtenausfall und vieles andere. Bei ungünstlichem Ausgang des Krieges kommen noch der Verlust von Auslandsguthaben, von Absatzmärkten, die Leistung von Wiedergutmachungen und Entschädigungen hinzu. Die Errechnung der direkten Kriegskosten liegt immerhin im Bereich des Möglichen. Im ersten Weltkrieg ergaben sich nach einer amerikanischen Berechnung für alle an Krieg beteiligten Länder an direkten Kriegsaus-

lagen (ohne auswärtige Anleihen) rund 208,6 Milliarden Dollar, wovon 147,1 Milliarden auf die alliierten und assoziierten Mächte, der Rest von 61,5 Milliarden auf die Zentralmächte entfielen.

In einer Betrachtung der wirtschaftlichen Erscheinungsform des Krieges kann der Hinweis darauf nicht fehlen, daß die Kriegsauslagen nur zu einem geringen Teil als produktive Investitionen anzusehen sind.

Zum Unterschied vom Krieg, der sie zerstört, erzeugt der Frieden Werte und erscheidet uns daher selber als Wert, zu messen etwa an dem Anwachsen des Volkvermögens und an dem Ansteigen der Bevölkerungszahl.

Die Opfer jeglicher Art, die der zweite Weltkrieg allen an ihm beteiligten Völkern abverlangt hat, die bei weitem noch nicht überwundenen Schwierigkeiten, die sich als unvermeidliche Folgeerscheinung einstellen, geben den Versicherungen der Friedfertigkeit und Verständigungsbereitschaft, in denen sich die Staatsmänner ergehen, Glaubwürdigkeit.

Und, in der Tat, was bedeutet 17 Milliarden Dollar gemessen an den Hunderten von Milliarden, die ein neuer Krieg (der Bienenflugzeuge und Atombomben) die Vereinigten Staaten von Nordamerika kosten würde?

New York. Nach einem Vorschlag des Präsidenten der Weltbank, John J. ...

Ungünstige Entwicklung im Ruhrgebiet

Weitere Rationskürzungen wahrscheinlich — In den nächsten Monaten keine wesentliche Steigerung der Einfuhr

H. Essen. Der sichere und geordnete Ablauf einer leistungsfähigen Wirtschaft ist normalerweise nicht von der Ernährungsseite gefährdet, und wenn er es jemals in Kriegsläufen war, so ist er doch zu keiner Zeit so sehr aus dem Gleise geraten wie eben jetzt.

Mit der Schaffung dieser Voraussetzungen sieht es trotz aller Streiks, die sich im Westen die Hand gegeben haben, und zu denen sich nun noch ein Streik der Gewerkschaft der Anzeiger in der Doppelpolzone gesellt, weiterhin trübe aus.

Wohl keine Äußerung eines Vertreters der britischen Besatzungsmacht hat bisher eine so lebhaftige Reaktion ausgelöst, wie die Erklärung des Leiters der Abteilung für Ernährung und Landwirtschaft in der britischen Zone, Mr. Hughes, Berlin, der in einer Ernährungs-Konferenz in Düsseldorf, an der alle verantwortlichen und interessierten Kreise der Doppelpolzone teilnahmen, meinte, die Ernährungsfrage sei besser als im vergangenen Jahr, wenn sie auch schlechter sei, als sie es eigentlich sein müßte.

Zonengrenzen und Länderpartikularismus erschweren die Ernährung

Von deutscher Seite wird hierzu erklärt, die Deutschen seien nicht für eine Entwicklung verantwortlich zu machen, die in ihren Voraussetzungen von ihnen nicht gewollt und die durch sie auch nicht beeinflusbar sei.

Europa, die USA und der Marshall-Plan

Fortsetzung von Seite 1

Bei so großen Umlagerungen, wie wir sie erleben, darf man nicht in kleinen Zeiträumen denken. Die Reorganisation Deutschlands ist wie das europäische Wiederaufbauwerk ein Unternehmen auf lange Sicht, dessen Früchte erst in Jahren reifen werden.

Sollte es so bleiben und im Wahlkampf um den Präsidenten nicht ein Vakuum entstehen, so werden die Vereinigten Staaten in immer steigendem Maße ihre gewaltigen Kräfte in aufbauendem Sinne einsetzen können.

Für ein Kontrollorgan der USA

net, auf dem die Ernährungswirtschaft ruhe.

An diese abwehrende Beweisführung reiht sich hier noch manche andere Betrachtung. So sagen die Bergleute an der Ruhr, deren Familienmitglieder als Normalverbräucher selbst zu den vom Hunger Betroffenen gehören, die Förderung und der Abtransport der Kohlen sei von den Engländern lückenlos organisiert.

Wenn an der Ruhr immer wieder beobachtet werden ist, daß die Versorgung in anderen Ländern der Doppelpolzone nicht so ungenügend ist, so verlegt der Ruhrländer bei weitem nicht vor Neid und Mißgunst denn er weiß, daß auch anderwärts ungenügende Kalorienanteile zugeteilt werden.

Gefahr totaler wirtschaftlicher Lähmung

Angesichts der weiterhin bedenklichen Lage, die am besten durch die angekündigten Rationskürzungen illustriert ist, bedarf es keines Protokolls M, um die Wirtschaft an der Ruhr aus den Angeln zu heben.

Die englischen Stahlpläne

Schrottaufkommen und Schrottpreise

Der Direktor der British Iron and Steel Federation, Mr. Stone, hat der Ansicht, daß die englische Stahlindustrie das Erzeugnisprogramm von 12 1/2 Mill. Tonnen für 1947 überschritten haben wird.

Die englische Stahlindustrie sieht sich vor die Notwendigkeit gestellt, im Interesse der von der Regierung geforderten Stahlproduktion das Schrottaufkommen im Lande nach Möglichkeit zu steigern.

Teil der Wirtschaft, der sich nicht des Anspruchs durch die CARE-Pakete erfreut, macht sich immer fühlbarer geltend, und dort, wo in Gestalt der CARE-Pakete Kampferspritzen verabfolgt werden, geht die Leistung rückwärts zurück, sobald die Wirkung des Anreizes verpufft ist.

Die Bevölkerung des Ruhrreviers ist seit Jahrzehnten an Zurückzuegenen wirtschaftlicher und kultureller Art gewöhnt. Der übliche Name des Kohlenpotts, der erfreulicherweise eine Zeitlang nicht zu hören war, jetzt aber wieder von Reportern und sonstigen Revierfremden aufgewirmt wird, ist bezeichnend für diese Behandlung des Ruhrreviers.

Währungsreform oder nicht?

Das diesmal mit besonderer Spannung erwartete Ergebnis der Kontrollrats-Entscheidung — der ersten nach der geschlossenen Londoner Konferenz — brachte, wie den vorläufigen Bescheidungen zu entnehmen ist, eine Enttäuschung.

Es fragt sich also, ob es bei der heutigen deutschen Situation wirtschaftlich klug und vertretbar ist, in kurzen Intervallen jeweils eine Währungsreform anzukündigen.

Deutsches Schiffsamt für den Mittelrhein

Mg. Baden-Baden. Durch Verordnung General-Koenigs vom 10. Januar 1946 ist in der französischen Zone ein deutsches Schiffsamt für den Mittelrhein errichtet worden.

Table with 4 columns: Year, Percentage, Year, Percentage. Data: 1914...96%, 1934...82%, 1919...92%, 1939...56%, 1924...86%, 1944...60%, 1929...94%, 1947...49%

Uraniumsueche in Schweden

Stockholm. Die schwedische Mineralgesellschaft „Heliden“ führt gegenwärtig Forschungen nach Uranvorkommen in Gegenden Schwedens durch.

Englische Kohle für Argentinien

Im Jahre 1948 sollen eine Million Tonnen Kohle aus England nach Argentinien geliefert werden. Vor dem Krieg bezog Argentinien 2 Mill. t englischer Kohle jährlich.

Britisch-französische Besprechungen abgeschlossen

London. Die Besprechungen zwischen Sir Stafford Cripps und dem französischen Finanzminister Mayor sind abgeschlossen. In einem darüber veröffentlichten Communiqué heißt es, es seien alle Fragen geregelt worden.

Nach einer Erklärung amtlicher englischer Stellen wurden vor allem der jetzige Stand und die Zukunft des französischen Franken erörtert.

Der Dollarbedarf Europas

Washington. Das USA-Staatsdepartement veröffentlicht eine Zusammenstellung über die Dollarbedürfnisse der im Marshall-Plan beteiligten europäischen Länder.

Table with 3 columns: Country, 1st 11 Months, Full Period 14 Months. Data: Großbritannien 2490, 6655; Frankreich 1409, 2924; Franz. Überseegebiete 163, 414; Italien 977, 2913; Doppelpolzone 915, 3499; Frz. Zone Deutschlands 81, 310; Saargebiet 11, 53; Österreich 194, 713; Griechenland 194, 473

Verlag: WIRTSCHAFTSREVUE VERLAG GmbH, Konstanz, Beckenhof. Chefredakteur: OSKAR KRAEMER; Stellvertreter: Dr. H. F. GÜLLER (Baden-Baden). Bankkonto: 11 973 Deutsche Bank, Konstanz.

Ist Südosteuropa für die Westmärkte verloren?

Die tatsächliche Entwicklung, gezeigt am Beispiel Oesterreichs

Vom gegenwärtigen Außenhandel Deutschlands kann auf die Möglichkeiten des Warenaustausches mit Südosteuropa schwer geschlossen werden. Deutlich zeigt aber das Beispiel Oesterreichs die wirklichen Möglichkeiten, denn erstens besteht hier in einem geschlossenen Staatengebilde eine einheitliche Handelsstatistik, zweitens war gerade die Wirtschaftsverknüpfung dieses Landes mit dem Südoosten immer besonders eng (noch vor der Zusammengehörigkeit in der österreichisch-ungarischen Monarchie hier) — es war Österreich geradezu der Maßstab für die Handelsmöglichkeiten mit Südosteuropa. Wie stellt sich nun heute die Situation dar?

Bei einem sehr kleinen Gesamtumsatz des Außenhandels beträgt der Warenaustausch Oesterreichs mit den Südostaaten heute kaum ein Zehntel; von diesem Posten entfällt die Hälfte auf Warenlieferungen aus und nach Ungarn, vom Rest das meiste auf Jugoslawien, während die Anteile von Rumänien und Bulgarien kaum nennenswert sind.

Das ist sehr wenig, denn diese Länder gehörten zu den wichtigsten Kunden und Lieferanten Oesterreichs. Es waren vor allem die „Nachfolgestaaten“ der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie, die sich nach 1918 in einen lebhaften Außenhandel miteinander trieben. Andere Südostaaten hatten Gebiete des ehem. Oesterreich-Ungarn übernommen und überall wirkte die Tradition der Zusammenarbeit weiter. Der Anteil dieser Staaten sowohl an Einfuhr als auch an Ausfuhr lag zwischen dem beiden Kriegen bei etwa einem Viertel des damals bedeutenden Außenhandelsumsatzes Oesterreichs. Es war auch eine wirtschaftsnahe Partnerschaft, bei der der eine gerade das brauchte, was der andere gerade lieferte. Die Südostaaten gaben Lebensmittel, Oesterreich wichtige Industrie-Rohstoffe und Fertigwaren.

Die Intensivierung dieses Warenaustausches ist auch heute ein allgemeiner österreichischer Wunsch. Es wird von konservativer Seite immer wieder gesagt, daß der Handel jetzt nicht in Gang komme, weil Wien „Westorientierung“ treibe. Aber das Argument scheint beschönigenderweise ohne Zahlen. Die „Westorientierung“ Oesterreichs bestand einfach darin, daß man UNKRA-Lieferungen und andere Hilfsleistungen nahm, wobei sie kamen, und sie kamen und kommen eben nicht aus dem Osten. Der Warenaustausch mit der Sowjetunion z. B. macht in den ersten acht Monaten 1947 nicht einmal eine halbe Million Schilling in der Summe.

Es wird von der Kritik gesagt, daß der Westen als Handelspartner Oesterreichs sehr unsicher sei. Gerade in Krisenzeiten würden die Weststaaten die österreichischen Industriebetriebe nicht brauchen und also kein Kompensationsgut für die notwendigen Einfuhren da sein. Der Beweis ist wesentlich richtig. Aber es ist ein Beweis für übertriebene Besorgnis. Heute ist „Achtung“ an sich keine Lockung. Jeder fragt nur, was er für eine Gegenlieferung erhalten kann.

Wenn heute ein Warenaustausch nicht zustande kommt, so liegt das bei den Hauptbeteiligten von Europa gewiß nicht an „politischen Abzögerungen“, sondern daran, daß entweder beide Partner nichts zu geben haben, oder der nicht liefert, weil er die Gegenlieferung ausbleibt. In besonderen Fällen auch an politischen Hindernissen, z. B. wenn aus Ungarn die Weizen nicht zurückkommen.

Es ist zu betonen, daß das größte Außenhandelsdefizit von Oesterreich nicht der Sowjetunion gegenüber ist, sondern die Handelsverbindung in der Einfuhr steht nach wie vor Deutschland und seinen Koloniallieferungen den größten Posten; ein wichtiger Serpentin-Tausch wird angestrebt, Liefer- und Kunde warten, bis die Besatzungsmächte die entsprechenden Erlaubnisse dieses Tausches schaffen.

Im Halbjahre der Oststaaten

Der Südoosten scheint auf lange Zeit auszufallen. Es ist nicht Oesterreichs Schuld. Hier ist alles doch verhältnismäßig beim alten geblieben und „Fortsetzungen“ wären möglich — in den Südoostländern hingegen ist nicht nur eine „Entwicklung“ unterbrochen worden, sondern es sind ganz neue Gesichtspunkte für Produktion, Verteilung, Außenhandel geschaffen worden. Wieweit sich hier noch die große Politik hemmend auswirken wird, mögliche Schwierigkeiten schaffen — das ist jetzt nach dem Zusammenbruch der Londoner Verhandlungen eine harte Frage. Oesterreich ist ja in weiten Halbkreis von Staaten des Ostblocks umgeben, wobei handelspolitisch die Tschechoslowakei wichtiger ist, als die vier Südostaaten zusammengenommen. Die Einfuhr von dort ist doppelt so hoch, die österreichische Ausfuhr nach der Tschechoslowakei um ein Drittel höher als die Summe bei allen vier erwähnten Südostaaten.

Mit der Tschechoslowakei beruht der Warenaustausch auf Kompensationen; Verhandlungen nach einem besseren Rahmen sind für die nächste Zeit vorgesehen.

Mit Ungarn ist März 1947 ein Warenaustausch- und Zahlungsabkommen in Kraft getreten, das sowohl Clearing als auch Kompensationsgeschäfte vorsieht. Die ungarischen Lieferungen sind zurückgeblieben; über den so für Oesterreich entstandenen Aktivsaldo stehen Besprechungen bevor. Über Erneuerung des Vertrages soll demnächst verhandelt werden.

Mit Bulgarien ist am 26. 7. 47 ein Kompensationsvertrag auf Jahresdauer abgeschlossen worden; hier ist man besonders um Tabaklieferungen bemüht.

Mit Rumänien will man demnächst über ein Warenaustauschabkommen verhandeln; Warenlisten wurden vorgelegt.

Auch mit Jugoslawien wären Besprechungen vonnöten.

Es ist also zweifelhaft fraglich, ob und wann ein wesentlicher Warenaustausch in Gang kommen kann; aus politischen Gründen, was bei der Verschärfung der Lage zwischen Ost und West immer mehr bedenklich wird — gibt es doch innerösterreichisch, an der Grenze zwischen Ostzone und Westzone schon genug Verkehrshemmnisse, Erlaubnisbescheine für Güter usw. —, und aus wirtschaftlichen Gründen. „Nehmen sie doch die Angebotslisten vor“ — sagt Außenminister Gruber — „und sehen sie nach, was von den Südoländern angeboten wird. Selbst wenn sich reale Posten darunter finden, zum Beispiel Sonnenblumenkerne, können sie sicher sein, daß es schwierig ist, die Lieferung zu erfüllen. Von dem, was uns von den Oststaaten an Lebensmitteln angeboten wird, kann Oesterreich nicht einmal fünf Tage leben!“

Das Einfuhrdefizit Oesterreich kann nur einen Teil der lebensnotwendigen Einfuhren durch Ausfuhrerlöse decken. Dies wurde bereits bei Darstellung der österreichischen Handelsbilanz gezeigt. Ein genaues Bild der Situation gibt ein sieben angegebener Bericht der Allied Commission for Austria, Research and Statistics Section (Britische Besatzungsamt) der für die Zeit von Jänner bis August 1947 folgende „Zahlungsbilanz“ zeigt:

Table with columns: Österreichische Einfuhr (in Mill. Dollar), Österreichische Ausfuhr (in Mill. Dollar), and details of trade flows.

Dieser Zahlenbericht beweist nicht viel. Er zeigt die Situation, und diese Änderung durch einen Staatsvertrag nach immer hoffte. Die mangelnde Souveränität, die Herausnahme wesentlicher Wirtschaftszweige durch die Sowjets unter dem Titel „deutsches Eigentum“ bedeutet auch die Lokalisierung der Handelspolitik mit allen Konsequenzen für die Produktion usw. Ein wesentliches wäre die Errichtung eines Warenaustausches mit Deutschland, worüber wir im einzelnen kürzlich berichtet haben.

Die „Exportaktion“ Für 1948 wurden jetzt etwa 140 Mill. Schilling als monatliches Exportziel an-

gekündigt. Der Bundesminister für Handel und Wiederaufbau Dr. h. c. Heisl meldete zusammen mit dieser Nachricht die Schaffung eines neuen Referates „EXPORT-AKTION“ in seinem Ministerium, das handelspolitisch wirken und auch Außenhandelsbürokratie abbauen soll. Im Jahre 1947 war man von 20 Mill. S. Ausfuhrsumme im Januar bis zu einem Rekord von 103 Mill. im Oktober gekommen. Diese Oktobersumme entspricht schon den Ausfuhrsumme eines Monatsdurchschnitts 1937 — nur daß die Preise das Fünffache von damals sind, die Verhältnisse also die Mengenwinzigkeit verschleiern.

Die Förderaktion soll bei der einerschaffenden und einersetzenden Industrie beginnen, da hier die Rohstofflage gegeben sei, und immer ein hohes Ausfuhrpotential vorhanden war. Die Devisenerlöse sollen vor allem die Kohleneinfuhr sichern — dies werde auch, so wird erklärt, die Richtung der Exporte (in Kohlenlieferländer) bestimmen.

Die erste Meldung sagt sachlich nicht mehr, als hier in diesen wenigen Zeilen zusammengefaßt wurde. Sie sagt zum Beispiel nicht, ob man die Ausfuhr in das wichtigste Kohlenlieferland Deutschland steigern wolle, oder ob man da vor allem die vorhandenen Kohlenlieferer (Tschechoslowakei, Polen) meine. Wir haben dargestellt, daß der Außenhandel mit Deutschland heute praktisch nur aus deutschen Kohleneinfuhren besteht, dagegen in Verbundverpflichtung etwas Strom gegeben, der Hauptbetrag aber in Dollar abgeholt wird. Ein Warenaustausch ist in diesem Außenhandel nicht gegeben, obwohl Oesterreich deutsche Erzeugnisse dringend braucht, insbesondere Maschinen, Apparate, Chemikalien usw. Die Entscheidung liegt bei den Besatzungsmächten. (Vergleiche Wirtschaftsrevue 58 und 60)

Deutsches Geschäft mit Oesterreich läuft an

Von unserem Wiener Korrespondenten

Im Rahmen eines Expresskreditlimites von 50 Mill. Doll., der Oesterreich gewährt wurde, sind nun in Deutschland entsprechende Bestellungen abgeschlossen worden. Eine Beschaffungsdelegation unter Führung von Dr. J. u. r. s. (vom Wiener Ministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung) ist sechsen von Verhandlungen zurückgekehrt.

Im besonderen werden folgende Lieferungen erwähnt: Textilien (Wäsche, Bekleidung) Schuhe usw., stellen mit etwa 45 Mill. Doll. den Hauptposten. Weiter nennt man Fahrzeuge von 0,7 Mill. Doll. Wert, sodann Werkzeuge, Maschinen und Baumaterialien, Kabel, Draht, Seile u. ä. für 2 Mill. Doll., Chemikalien (Medikamente, Sanitätsmaterial) für 1 Mill. Doll. — Der Betrag von 50 Mill. Doll. erscheint durch die Bestellungen an sich überzogen. Die Warenliste enthält aber die Preise für neue Ware, es seien je nach Qualität aber Reduktionen bis zu 50% vorgesehen, wodurch sich die Zahlungssumme unter dem Pauschalbetrag senken dürfte. — Die Warenliste beruht auf Angaben in der späten „Wiener Zeitung“ und überrascht insofern, als Textilien und Schuhe nach Zehntel der Summe errechnen. Es wurde in der „Wirtschaftsrevue“ in Folge 60 vom 6. 12. 47 bereits dargestellt, welche Waren Oesterreich besonders dringend aus Deutschland benötigt, und es wird durch Vergleich mit jenen Angaben ersichtlich, welche weitere Bedarfsverträge (insbesondere für Maschinen, Farben, Chemikalien, Bestandteile für frühere aus Deutschland bezogene Maschinen) bestehen, und sich mit der weiteren Entwicklung der Produktion eher steigern müssen.

Tatsache ist jedenfalls, daß über die mehrfach erwähnten Lieferungen von Ruhrkohle hinaus der Warenverkehr mit Oesterreich in Gang kommt.

Neue Handelsverträge der deutschen Zonen

Doppelzone — Belgien-Luxemburg an. Luxemburg. Ende Oktober 1947 fand in Berlin ein eingehender Meinungsaustausch zwischen den Delegierten der amerikanischen und britischen Militärregierung in Deutschland und Vertretern der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion statt. Erst jetzt werden Einzelheiten über diese Zusammenkunft bekannt. Dem „Echo de l'Industrie“, das Organ des luxemburgischen Industriellenverbandes zufolge, fanden die Berliner Besprechungen ihren Niederschlag in drei Dokumenten: a) in einem Protokoll über die Regelung des Handelsverkehrs und des Warenaustausches zwischen der Bizone und der Wirtschaftsunion, b) in einem Verhandlungsbericht über die Erneuerung des provisorisch vereinbarten Zahlungsabkommens und c) in einem Memorandum und Einzelfragen kommerzieller Natur, die durch die beiden Delegationen erörtert wurden.

Von diesen Dokumenten ist das Protokoll das wichtigste. Das Abkommen soll vorerst bis zum 30. Juni 1948 gelten, soll sich jedoch nach diesem Datum automatisch um jeweils drei Monate erneuern, es sei denn, daß es durch eine der beiden Parteien einen Monat vorher gekündigt werde. Im Grundrisslichen verzeichnet das Protokoll u. a. den Willen der beiden Parteien, die Wiederaufnahme des Kontaktes zwischen Lieferanten und Abnehmern zu erleichtern. Seinen praktischen Wert erhält jedoch das Protokoll durch seine Anlagen, in denen die Waren, für welche die besten Austauschmöglichkeiten bestehen, listenmäßig erfaßt sind. Allerdings wurde kein genaues Programm des beiderseitigen Warenaustausches mengen- oder wertmäßig festgelegt. Die dem Protokoll angefügten Listen beschränken sich darauf, diejenigen Produkte aufzuführen, die für die Ausfuhr einerseits aus der Bizone, andererseits aus

der Wirtschaftsunion in erster Linie zur Verfügung stehen und in Betracht kommen. Diese Warenlisten haben keinen limitativen Charakter und können beim Eintreten neuer Verhältnisse jederzeit erweitert oder sonstige abgeändert werden.

Auf der Liste der belgischen und luxemburgischen Waren, die wahrscheinlich nach der Bizone geliefert werden können, stehen die Inlandsprodukte u. a. Heißpflanzen, landwirtschaftliche Sämereien, Sekartoffeln, Hüte und Lederwaren. Für andere Produkte sollen die Möglichkeiten eines eventuellen Absatzes in der Bizone noch überprüft werden. Dazu gehören u. a. Abfälle von Wolle und Baumwolle, vor allem aber Eisenerz und Schiefer.

Die Liste der Waren, die für die Ausfuhr aus der Bizone wahrscheinlich verfügbar sind, enthält ihrerseits u. a. Hopfen der Ernte 1948, keramischer Lehm (400 Tonnen), Sand und Kies, Grundermaterial sowie Maschinen für die Textilindustrie und das Druckergewerbe. Ferner sollen gegebenenfalls, nach näherer Überprüfung, Hölzer, Ersatzteile für Maschinen aller Art, Bosch-Erzeugnisse, Elektromotoren, Kraftwagen und Automobile für die Ausfuhr aus der Bizone nach der Wirtschaftsunion in Betracht kommen. Schließlich soll seitens der zuständigen Behörden der Bizone auch noch die Möglichkeit geprüft werden, verschiedene Fabriken in ihrer Gesamtheit an die Wirtschaftsunion abzugeben, insbesondere eine Handschuhfabrik, Hemdenfabriken sowie Fabriken für Krawatten- und Schirmstoffe.

Auch in dem Memorandum über die behandelten Einzelfragen kommerzieller Natur sind einige Vorschläge festgelegt, die bei gegebenem Fall künftig zurückgegriffen werden kann. So ließ die belgisch-luxemburgische Delegation das Interesse der Wirtschaftsunion an umfangreichen Lieferungen von Holz und von feuerfesten Produkten dokumentieren. Ferner machte sie auf die beiderseitigen Vorteile von Sonderabmachungen über den Austausch von Vieh und von gewissen landwirtschaftlichen Produkten aufmerksam. In den Besprechungen über das provisorische Zahlungsabkommen konnte eine Sonderregelung für die deutschen Kohlenlieferungen nicht durchgesetzt werden.

Französische Zone — England

Hfg. Baden-Baden. Das bereits in unserer Nr. 61 vom 13. 12. angekündigte Handelsabkommen zwischen der französischen Zone und dem Britischen Reich, das am 30. 11. des Vorjahres in London paraphiert worden war, ist jetzt durch die Vertreter der beiden Vertragschließenden unterzeichnet worden und damit in Kraft getreten. Es ist das dritte Mal, daß damit wieder Handelsbeziehungen zwischen unserer Zone und den Ländern des Britischen Reichs aufgenommen werden. Außer Großbritannien sind an dem Abkommen beteiligt die britischen Dominien, die Länder unter britischem Mandat oder Protektorat, ferner Ägypten, der Sudan, der Irak, Transjordanien und Island. (Durch einen Übersetzungsfehler war seinerzeit von uns ein erwarteter Umsatz für das erste Halbjahr 1948 von etwa 200 Mill. Doll. gemeldet worden.)

Der Austausch von Waren zwischen den beiden Vertragspartnern wird auf Sterling-Grundlagen erfolgen. Beide Partner haben dem Abkommen Listen derjenigen Waren beigefügt, die sie dem Partner liefern können. Dabei sind jedoch Gesamtwerte für diese Waren ebenso wenig festgelegt wie bestimmte Warengruppen. Dem Abkommen sind ferner Listen beigefügt über die für die nächsten sechs Monate verfügbaren Höchstmengen an bestimmten Waren. Auch hierbei handelt es sich zunächst um Vorschläge, die noch im Einzelnen durch die Partner in Form von Lieferverträgen verwirklicht werden müssen.

In ihrer Liste schlägt die französische Zone als verfügbare Höchstmengen von Harzstoff bis 50 t, Natrium-Phosphat bis 100 t, Farbstoffe bis 100 t, synthetisches Wachs bis 15 t, Luz-Masse zur Gasifizierung bis 5000 t, gesägtes Holz bis 30 000 cbm, Nadeln für Strickmaschinen bis 1,5 Mill. Stück, Druckermaschinen bis 100 000 Pfund Höchstwert, verschiedene Maschinen bis 150 000 Pfund Höchstwert, landwirtschaftliche Maschinen bis 75 000 Pfund Höchstwert und Aluminiumfolien bis 30 t. Großbritannien schlägt für die Lieferung aus dem Sterlingbereich vor: Kautschuk bis 500 t, Gummireifen bis 15 000 Stück, Schwefelkies bis 50 000 t, Nickel bis 20 t, Wolle bis 2 000 t, Baumwolle bis zu 500 000 Pfund Höchstwert, ferner nicht näher bezeichnete Mengen an Magnesium-Superoxyd und Kork.

Der Umfang des Warenaustausches zwischen den beiden Gebieten soll im Lauf der Zeit, je nach den gemachten Erfahrungen und den verfügbaren Mengen vergrößert werden. Es wäre zu wünschen, daß der Warenaustausch auf dieser Grundlage möglichst bald in Gang kommt. Die von England vorgeschlagenen Lieferungen würden der Industrie unserer Zone nachwillkommene Rohstoffe zur Verfügung stellen. Besonders die Textilindustrie würde erhebliche Mengen von Baumwolle und Wolle erhalten; für die Überwindung unserer Verkehrtengründe die Lieferung der Reifen sehr erwünscht.

Vertretungen

- Handelsvertreter erhalten wüchsentl. Alle offenen...
Kursnachrichten für RM 10 — monatlich durch „Der Illustrierte“, (21a) Göttesfeld, Postfach 414...
Handelsvertreter bei Maschinenhandel, Landwirtschaft und Gärtnereien in Schwaben und Oberbayern...
Hersteller — Geplänkelt Handelvertrieb...
Hamburger Im- und Exporthaus...
Handel mit Halbes, deutsche Import- und Export...
Übernahme Vertretung für Belgien u. Schweden...
Sächsische Hamburger Handelsvertriebsfirma...
Vertreter für den Verkauf von „la Paumouille“...
Handelsvertreter mit Vertretungsbereich...
Übernahme Gesamtvertretung, Auslieferungslager...
In Frankfurt/Main Büro ad. Niederlassung...
Handelsvertreter mit Vertretungsbereich...
Belandende Exportfirma für nur beste deutsche...
E-B-B-Methoden — Bilanz nach jeder Buchung...
Gesamthaus Exportartikeln...
Forderung des unsere Angebotsliste für...
Welche leitend, Gesamt-Mehrfachbedruckung...
Kleiner halbfertiger Fertigungsablauf...
SCHUTZMARKEN, Warenzeichen, Marken, etc...
Kleiner halbfertiger Fertigungsablauf...

